

Usinger Bauern gegen die Umgehungstrasse

PLANUNG Landwirte sehen ihre Existenz gefährdet

USINGEN (bu). Wenige Tage vor dem sechsten Jahrestag der „Erörterung“ der Planung für die Usinger Nord-Ost-Umgehung am 29./30. November 2010 haben sich die Umgehungsgegner von der Interessengemeinschaft zur Erhaltung der Usinger Landschaft e.V. (IZEDUL) mit Landwirten aus der Kernstadt Usingen getroffen, über deren landwirtschaftliche Flächen die Straße fast ausschließlich führen soll. „Die Usinger Landwirte lehnen die Umgehung und die wegen der massiven Umweltzerstörung mit ihr verbundenen Ausgleichsmaßnahmen ab“, berichtet Norbert Gerhardt. Die Einschätzung, dass diese „zivil“ seien, treffe nur auf die wenigen Eschbacher Landwirte zu. Die Trassenführung sei für die Usinger Höfe existenzgefährdend.

Die Umgehungsstraße führe zu einem enormen Flächenfraß. Darüber hinaus durchschneide sie Flächen. Das erschwere die Bewirtschaftung oder mache sie sogar unmöglich. Die Ausgleichsmaßnahmen brächten erhöhte Auflagen der Behörden, um die Flächen zu bewirtschaften. Die Feldarbeit werde sich erschweren. Da die Trasse direkt an den landwirtschaftlichen Betrieben vorbeiführe, würden anliegende Weideflächen nicht mehr nutzbar sein. Landwirte hatten bereits 2010 die wichtigsten Widersprüche erhoben.

Bei der neuen Planung falle im Vergleich zu der von 2007 die Umweltzerstörung nicht geringer aus. Zwar würden die Kreisel und der nur zweispurige Ausbau zum Anschluss an die Wehrheimer Umgehung etwas weniger Fläche versiegeln. Dafür werde die Renaturierung der B456 im Wehrheimer Wald aufgegeben. Große Buchenbestände sollten der Anbindung zum Opfer fallen. Vier Meter hohe Holzwände entlang der Trasse sollten Fledermäuse vor Kollisionen mit Autos schützen.

Nach wie vor halte die Interessengemeinschaft den Bau ökologisch und ökonomisch in keiner Weise für gerechtfertigt. Die Entwicklung der Verkehrsströme

deutete auf eine klar erkennbare Verlagerung in den Süd-Westen Usingens hin. Die fertiggestellte Heisterbachstraße und „die von Neu-Anspacher Politikern erwogene Öffnung der Brandholzstraße“ würden die vor Jahren errechnete Entlastungswirkung der Nord-Ost-Umgehung bereits heute erheblich infrage stellen. Auch binde die geplante Umgehung keinen einzigen Gewerbebetrieb an.